

General-Anzeiger

für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg
Amtsgericht und versch. Gemeinden



Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Bezugspreis: Vierteljährlich für Abholer 6,00 M., durch Boten in Kemberg
M., in Kreden, Kotta, Lubitz, Altdorf, Gommio und Gadj. M. und
durch die Post 7 M.

Anzeigenpreis: Die 5gepaltenne Korpuszeile oder deren Raum 1/2 Pf., die
3gepaltenne Reklamezeile 1/2 Pf., Beilagen: 1/2 Pf. für das Hundert, aus-
schließlich Postgebühr. — Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr,
größere Anzeigen tags zuvor.

Bezugspreis: Vierteljährlich für Abholer 6,00 M., frei Haus 6,20 M., durch die Post einschl. Bestellgeld 6,75 M. Anzeigen: Zeile 40 H., Reklamezeile 1 M., einschl. Steuer.

Nr. 76.

Kemberg, Donnerstag, den 1. Juli 1920.

22. Jahrg

Rückwandererhilfe

Im Rathaus, 2 Treppen, liegen Sammel-
listen zur Zeichnung von Beiträgen zur Ein-
derung der Not der vertriebenen deutschen Rück-
wanderer aus.

Kemberg, den 30. Juni 1920.

Der Magistrat.

Die Heberolle

über die für 1919 von

- den landwirtschaftlichen Betriebsunternehmern,
 - den Betriebsbeamten und Facharbeitern,
 - den Nebenbetrieben und Betrieben ohne Boden-
bewirtschaftung und
 - den freiwillig versicherten Betriebsunternehmern
- zur Deckung der von der landwirtschaftlichen Berufs-
genossenschaft gestellten Unfallversicherungsw. liegt in der
Zeit vom 1. bis 15. Juli zur Einsicht der Beteiligten in der
Kämmereikasse aus.

Gegen die Beitragsberechnung kann seitens der Betriebs-
unternehmer binnen zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungs-
frist Einspruch bei dem Sektionsvorstand in Wittenberg er-
hoben werden.

Die Beiträge sind bis zum 15. Juli bei der Kämmerei-
kasse zu entrichten.

Durch den gegen die Beitragsberechnung erhobenen Wider-
spruch wird die Verpflichtung zur Zahlung nicht berührt.

Kemberg, den 30. Juni 1920.

Der Magistrat.

Der Erzeugerhöchpreis für Frühkartoffeln

ist durch die Provinzialkartoffelstelle für die Zeit vom 1. bis
einschließlich 11. Juli 1920 auf 35.— Mark und
vom 12. Juli bis auf weiteres auf 32.— Mark
für den Zentner festgesetzt worden.

Kemberg, den 30. Juni 1920.

Der Magistrat.

Ausgabe der Markentaschen

am Freitag vormittag in der üblichen Reihenfolge.
Kemberg, den 30. Juni 1920.

Der Magistrat.

Freibankverkauf

heute abend, 7 Uhr. Windfleisch im rohen Zustand,
Kant 5.— Mark.

Kemberg, den 30. Juni 1920.

Der Magistrat.

Politische Tagesübersicht.

Eine Interpellation der U. S. P. D.

Berlin, 29. Juni. Die Reichstagsfraktion der U. S. P. D. hat eine Interpellation eingebracht, was der Reichs-
kanzler zu tun gedenke, um eine weitere Steigerung der
Lebensmittelpreise zu verhindern und wie er den Beschluß der
Unterkommission beim Reichsernährungsministerium vom 18. 6.
d. J. durch den die Getreidepreise eine Neuregelung erfahren
würden, rechtfertige. Welche Maßnahmen plant die Regierung
gegen den zunehmenden Lebensmittelwucher.

Der Gerichtshof des Völkerbundes.

Haag, 28. Juni. Die französischen Zeitungen berichten,
daß die juristische Kommission des Völkerbundes beschloßen
habe, allen Mächten, mögen sie Mitglieder des Völkerbundes
sein oder nicht, die Möglichkeit einzuräumen, sich an den Ge-
richtshof des Völkerbundes zu wenden. Ferner wurde be-
schloßen, daß der Gerichtshof des Völkerbundes besonders er-
mächtigt sein soll, in allen Fragen zu entscheiden, die die
Auslegung von Verträgen und des internationalen Rechtes
betreffen. Demnach würde Deutschland berechtigt sein, die
Auslegung der Bestimmungen des Versailler Vertrages dem
Gerichtshof des Völkerbundes vorzulegen. Wie verlautet, soll
dies bereits beabsichtigt sein, da sich die Juristen einst darüber
seien, daß mehrere der Bestimmungen des Vertrages nicht
offenbar erhalten werden könnten, so die Klausel gegen den
Zusammenschluß Deutschlands und Oesterreichs.

Bayerischer Protest gegen die Verminderung der Reichswehr.

München, 28. Juni. Die bayerische Regierung protestiert
bei der Reichsregierung gegen die von der Entente verlangte
Herabsetzung der Reichswehr auf 100000 Mann, weil da-

durch die Ruhe und Sicherheit des Reiches und die wirt-
schaftliche Lage gefährdet und in Norddeutschland dadurch
sicherer Aufschwung abzubrechen werde.

Frühe und italienische Arbeiter ins Wieder- aufbaugesbiet.

Genf, 29. Juni. Wie Gasas meldet, habe der französische
Ministerat für die nicht aufbaudeckelungen Arbeitstransporte
in das Wiederaufbaugesbiet frühe und italienische Arbeiter an-
geworben. Die Gesamtkosten gehen zu Lasten Deutschlands
und betragen etwa 2 Milliarden Franken. Nach einer Mel-
dung des „Temps“ hat Frankreich die deutschen Ansprüche,
die aus Anlaß der Belegung Frankreichs und des Maritimes
erhoben werden, abgelehnt.

Der Prozeß gegen die „Kriegsverbrecher“.

Haag, 29. Juni. Die Alliiertenkommission besprach heute
die Schritte, die unternommen werden müßten, um den Prozeß
gegen die von den Alliierten angeklagten sogenannten
Kriegsverbrecher vor dem Reichsgericht in Leipzig nicht un-
nützlich hinauszuschieben.

Gegen Lebensmittelnot und Teuerung.

Würzburg, 29. Juni. Einer Privatmeldung zufolge kam
es gestern abend hier zu schweren Lebensmittelunruhen. Die
Reichswehr besetzte das Rathaus, und die Reichsregierung
wurde aufgefordert, den Platz zu räumen. Als dies nicht
geschah, wurde gefeuert. Es soll mehrere Tote und Verwun-
dete gegeben haben. Mehrere Geschäfte wurden plündernd.
Die Zusammenkünfte dauern nach heute an.

Gyrhoben, 29. Juni. Am Abend kam es wiederum zu
Räubereien, die Polizei war machtlos. Die zu Hilfe her-
beigeeilte Kreiswehrgriff nicht ein. Heute forderte das
Gemeinschaftsamt in Wittenberg die Zurückziehung des
Militärs und der Polizei und verbürgte sich für die Sicherheit
der Stadt durch eigene Dörner.

Mainz, 29. Juni. Der gestrige Tag ist im allgemeinen
ruhig verlaufen. Die Vertreter der Landwirtschaft haben gegen
die Festsetzung von Höchstpreisen für das Obst protestiert und
einen Anlauf- und Verweigerungsstreik angekündigt. Die Stadt
Mainz hat anlässlich der Lebensmittelnot an die Reichs-
regierung das dringende Ersuchen gerichtet, der weiteren Be-
teuerung der öffentlich vermarkteten Lebensmittel Einhalt zu
tun. Ferner wird ein Abbau der Kartoffelpreise und Ab-
schöpfung der für die öffentliche Versorgung notwendigen
Mittel aus den tatsächlichen Erntehilfsstoffen verlangt.

Berlin, 29. Juni. Reichstagsfraktionen in der Berliner
Zeitungsmarkthalle. In der Beiratsmarkthalle kam es heute
schon frühzeitig zu recht hitzigen Auseinandersetzungen.
Die Großhändler forderten für Rindfleisch den Preis von 2,60
Mark, die Händler erklärten sich nicht gewillt, diesen Preis
anzunehmen und lieber bereit, auf den Einkauf völlig zu
verzichten. Da schließlich Miene gemacht wurde, die Obstwagen
zu räumen, wurde die Eisereisereue alarmiert. Die Auf-
regung legte sich, nachdem sich die Großhändler bereit er-
klärt hatten, die Rindfleisch mit Verlust zum Preise von 1,50
Mark zu verkaufen. Die Rindfleischler erklärten, daß sich ihr
Borgehen nicht gegen die Großhändler richte, sondern daß sie
dies nur zwingen wollten, gegen die Obstpächter vorzugehen,
am billigeren Preise zu erzielen.

Herabsetzung des Margarinepreises.

BTB, Berlin, 29. Juni. Der Abgabepreis für Margarine
durch den Reichsamt für pflanzliche und tierische Oele
und Fette ist vom Reichsamt für Ernährung und
Landwirtschaft vom 1. Juli ab von 21 auf 16 M. pro Kilo-
gramm herabgesetzt worden.

Mit vorliegender Nummer beginnt ein neues Vierteljahr des

General-Anzeiger.

Zur Neubestellung laden wir hierdurch ergebenst ein.
Der Bezugspreis beträgt vom 1. Juli ab vierteljährlich
6 M. für Abholer, 6,20 M. frei ins Haus, durch die
Post 6,75 M.

Aus der Heimat und dem Reich.

Kemberg, den 30. Juni.

* Rückwandererhilfe II. Zum zweiten Male ergibt sich
die Bürgerpflicht der Ruf: „Helft den vertriebenen Auslands-
deutschen, Euren Landelenten, die wegen ihrer Exere zur
Heimat, Hans und Hof, Hab und Gut in den abgetretenen
Gebieten zurücklassen mußten, nun Heimatlos und bettelarm in
ihre große deutsche Heimat zurückkehren und noch zurückkehren
werden, ohne Erbsenz und Einkommen und damit ohne Brot

find.“ Uns tiefer Not bringt dieser Ruf zu uns. Mitbürger,
tut auch hier Eure Pflicht und beneht Euch bereits so oft
benötigten Opfer. Gilt es doch, deutschen Brüdern zu
helfen. Helft Euch in die Lage dieser von Hans und Hof
Vertriebenen hinein, denkt an das Leid dieser Familien, denen
der Feind mit allen Schlägen, mit aller Schand und De-
mütigungen das Leben zur Hölle gemacht hat und dann —
geht ins Rathaus, 2 Treppen, geht mit offenen Händen Euer
Scherstein. — Wir verneigen uns die Bekanntmachung des
Magistrats im Ansehung.

* In Guntzen der durch Hofmeister in Ransfeld Ge-
schädigten gingen bei der Sammelstelle im Rathaus 23 M.
ein. Allen Göttern herzlich Dank. Weitere Beiträge nimmt
die Sammelstelle entgegen.

* Ein räuberischer Heberroll wurde, wie uns von einem
Schüler Lehrer unseres Platzes mitgeteilt wird, am Montag
nachmittag ausgeführt. Ein Schutzeiberg polierte mit einer
Kuh die Kiemerger Straße. In der Nähe des Holzes auf der
linken Seite sprang ein Kerl aus einem Kornfeld und rief
den Heberrollen die Ordnung zu: „Gib 20 Mark her oder
ich schlage dich nieder.“ Da in der Nähe niemand zu erblicken
war, kam der Heberrollen der Aufforderung nach und gab
den Räuber das Beklangte, worauf dieser wieder im Felde
verschwand.

* Gemeinnütziger Verein. Auf Wunsch stellen wir
hierdurch fest, daß der letzte Bericht nicht aus der Feder des
Schriftführers stammt.

* Radspport. Bei dem Sonntag in Kemberg, Rat-
gebungen Radfahrerfest errang der Radfahrerverein Germania
beim Radspport den 4. Preis.

§ Das Finanzamt schreibt uns: In weiten Kreisen der
Bevölkerung herrschen über den Steuerabzug vom Arbeits-
lohn Zweifel, in deren Beilegung die nachfolgenden Aus-
sagen dienen mögen. Viele nehmen an, der Arbeitgeber,
für den Steuerabzug eintritt, habe daneben noch die aus dem
Einkommensteuer-Tarif sich ergebende Einkommen-
steuer zu entrichten. Das ist grundsätzlich. In der Höhe des
Lohnabzuges wird die Einkommensteuer nicht mehr erhoben.
Deshalb erhalten auch die Steuerpflichtigen, deren Einkom-
mensteuer durch die Minderungen gedeckt werden wird, keine
Steuererhöhung. Die anderen können die in die Steuer-
tarife eingeleiteten Werten auf die angeforderte Einkommen-
steuer in Zahlung geben. Was hier von den Werten gesagt
ist, gilt in gleicher Weise für den der Steuerabzug in der
überwiegenden Lohnzahlung. Unbegreiflich ist ferner die An-
nahme, durch die Marktwendungen werde meist mehr, als
die Einkommensteuer ausmacht, entrichtet. Für einen unvor-
hergesehenen Arbeitnehmer beträgt die Einkommensteuer bei
einem Jahreslohn von 12000 M. 1550 M., von
10000 M. 1170 M., von 8000 M. 830 M. Vom Lohn
werden abgezogen in der Zeit vom 25. Juni 1920 bis
zum 31. März 1921, b. h. für ungefähr ein Dreivierteljahr
im ersten Falle 900 M., im zweiten 750 M., im dritten
600 M. Hier erreicht der Lohnabzug in keinem Falle den
Betrag der Einkommensteuer. Für einen verheirateten Ar-
beitnehmer mit 3 Kindern beträgt die Einkommensteuer bei
einem Jahreslohn von 12000 M. 1170 M., von
10000 M. 830 M., von 8000 M. 530 M. Bei einem
Lohnabzug von wiederum 900 M. im ersten, 750 M. im
zweiten und 600 M. im dritten Fall würde nur im letzten
Fall zuviel abgezogen werden, im ganzen nur 70 M. Hier
tun die Einkommensteuer beantragt werden und zwar demnach, nicht
erst am Schlusse des Jahres.

Ein weiterer Irrtum betrifft, die Beantragung der ver-
hältnismäßig wenigen Steuerpflichtigen, für die ein Lohnab-
zug nicht in Frage kommt. Hier wird vielfach angenommen,
der Besteuerung werde die Beantragung für 1919 zu Grunde
gelegt, jedoch der Lohnempfänger das jegliche, die andere das
mitunter niedrige Einkommen früherer Zeit verzeichnen. Hieran
ist nur soviel richtig, daß einwirkende eine vorläufige Ein-
kommensteuer auf Grund der Beantragung für 1919 durch
Steuerbehörden oder Anfordungsstellen erhoben wird, die in
Rüge verhandelt werden. Nach Ablauf des Rechnungsjahres
1920 wird dann aber die endgültige Einkommensteuer nach
dem tatsächlichen Einkommen von 1920 erhoben. Schon jetzt
das mutmaßliche Einkommen von 1920 zu ermitteln und
damit die vorläufige Steuer zu berechnen, würde für die
Finanzämter eine Mehrarbeit bedeuten, die sie bei der sonstigen
Ueberlastung an der Erhebung der großen Vermögenssteuern
hindern würde. Das dies vermeiden werden mußte, ist bei
der heutigen Finanzlage des Reichs selbstverständlich. Unzu-
treffend ist ferner die Annahme, bei dem Lohnabzug werde
die Steuer früher entrichtet als sonst. Steuerpflichtige ohne
Lohnabzug haben die Steuer des jeweils laufenden
Vierteljahres spätestens am 15. des mittleren Monats zu ent-
richten. Wenn demgegenüber der Lohnabzug bei jeder Lohn-
zahlung stattfindet, zur Hälfte also vor dem genannten 15.,
zur Hälfte nach ihm, so läuft das auf dasselbe hinaus. Die
(Fortsetzung auf der vierten Seite.)

Zur inneren Lage.

In Berlin sind die Vorgänge und Bestimmungen seit der Reichstagswahl vom 6. Juni dem doch bedeuten desto wichtiger. Millionen fragen sich, ob ihnen denn deshalb die Abgabe des Stimmzettels als so wichtig hingestellt worden ist, damit nun lange Wochen mit politischen Parteienredungen angefüllt werden, die alles andere erkennen lassen, aber nur keine Entschlüsse. Wenn es in diesem Tempo weitergehen soll, dann kommen wir nicht von der Stelle, und es ist recht zu seinen Resultaten. Und auch zu keinem neuen Aufschwung und zu keinem Wiederaufbau. Wenn angelehnt der Finanzkommission von Spaa, die zum guten Teil über unsere Erfolge entschieden wird, noch nicht eine komplette parlamentarische Einigkeit hergestellt werden kann, dann sind wirklich unsere Freunde verunsichert. Ist denn an den Deutschen Hoffen und Maß verloren? Jedenfalls sind deshalb nicht die Wähler zur Wahlreise gedrückt, damit nun alles schamlos und wachsend vorangeht. Was wir jetzt erleben, hat mit den oft kritisierten Bis-Zugstufen des alten Regimes eine größere Ähnlichkeit. Es ist nicht nur Zeit, sondern auch bittere Notwendigkeit, daß es des Alters wegen ablassen wird.

Und erst recht wegen der Stimmung im Innern. Die Lebensmittelfrage mögen mit dem Wert tabulärer Elemente sein, die Gürtung im Rufe wegen der abendauernden Teuerung ist ganz unerkennbar. Auch dem freilebendsten und geduldesten Familienvater beginnt der Langmut aufzugeben zu reifen. Denn es ist nicht einmal der Anfang eines praktischen Willens herbeizutreten, Befreiung zu schaffen. Was nicht der republikanische Parlamentarismus wenn Sie hat Brot gibt? Geld bringt uns keine Erlösung, das sehen wir immer von neuem, neue Forderungen und neue Streitigkeiten jagen einander. Der Lebensmittelmangel spielt dabei nicht die alleinige Urursache mehr, der heftigste Abzug von Löhnen und Gehältern, der mit dem 25. Juni in Kraft getreten ist, nimmt dabei einen immer größeren Raum ein. Und das alles, was wir allein schon bei der Eisenbahn-Bemalung ein Defizit von 15 Milliarden Mark haben, und nicht Ausgaben, sondern Einnahmen wie Häufel gebrauchen.

Es ist damit noch nicht getan, sondern die fürchterliche Gefahr einer Verdröpfung der Entente drängt sich ebenfalls in den Vordergrund. Die früher so ruhigen Länder, die mit dem Krieg und gesundem Menschenverstand die Verhältnisse in der Hand hatten, zu beiraten verstanden und mußten, worauf es ankam, werden heute von gewissenlosen Agitatoren irreführt. Es ist nicht die Mehrheit der Landarbeiter, bei weitem nicht, welche gerade die Zeit der Entente zum Zusammenbruch der Streitigkeiten machen will, die unruherregende Welt geben, auf den deutschen Nationalsozialismus in der Hand zu führen, aber die Minderheit terrorisiert heute die große Mehrheit. Der alte Spruch: „Wir sitzen Gott und sonst nicht in der Welt!“ — die Gedanken und Überlieferungen im Krieges scheinen von vielen vergessen worden zu sein. Vor 1870 war Deutschland gescheitert und unglücklich; heute ist die innere Herabwürdigung größer als je.

Wir werden wieder eine Regierung haben, die mit dem Reichstage zusammen arbeiten wird, so gut oder so schlecht es gehen will, aber sie wird erst dann auf festen Füßen stehen, wenn sie nicht das auf Parteisichtweisen basierende parlamentarische Vertrauen affekt hat, sondern das ehrende Verständnis und die Anerkennung der Nation. Diejenigen, die das Sin und der als ihre Richtschnur anerkennen und damit in den inneren Werten stehen, haben das mehr man sehr deutlich, noch nicht den Mangel und die Not gemerkt, die den Mittelstand und die Arbeiter quält, deren Einkommen durch die Abschaffung gestürzt ist. Somit würde sie für ein schnelleres Tempo und für größere Eingetrigel in ihren Einkommensfragen sorgen. Angehört von Spaa und des Bundes im Innern ist mangelnde Einigkeit nicht nur verdröpfung, sondern auch mangelhaft. Wm.

Der Schutz Deutschlands.

Wiederholt ist von deutscher Seite die Forderung an die Entente aufgetaucht, die Herabminderung der deutschen Wehrmacht auf 100 000 Mann zu verweigern und zu gestatten, daß Deutschland mindestens 200 000 Mann Wehrmacht neben einer Polizeitruppe halten darf. Nach den neuerdings eingelangten Noten stellt sich der Oberste Rat in Paris auf den Standpunkt, daß nach seiner Schätzung 100 000 Mann Wehrmachttruppen und 150 000 lokale Polizeitruppen vollständig ausreicht sind, Ruhe und Ordnung in Deutschland aufrecht zu erhalten.

Man kann dieser Ansicht des Obersten Rates nicht sofort genug entgegenzutreten. Schon die Zeit, bis zu einer Zeit, in der wir doch immer mehr Truppen und über eine gut organisierte Sicherheitswehr verfügen, war es nicht immer möglich in unvollständiger Weise auch gegen den Deutschen so zu fühlen, wie es das Leben und Eigentum der Bürger erfordert. Es war aber immerhin möglich, namentlich durch die an nicht bestimmte Orte gebundene Sicherheitskräfte polizeiliche Truppen an den gefährdeten Stellen mit besonderem Auftrag hinzuzusetzen. Was sich vor einigen Tagen in Regierungsbegegnung Berlin anlässlich des dortigen Landarbeiterstreiks geschah ist, dies möchte, wenn rein lokale Polizei überall eingerichtet würde, abweichen, da es sich dabei im allgemeinen doch dann um ortsanfällige Leute handeln würde, deren Verlesung in bedrohliche Landesfälle sehr schwer möglich ist. Das 100 000 Mann Wehrmacht ist es nicht, die ungeheure Forderung des Berliner Friedensvertrages und nur anmaßend zu erfüllen. Dies wird aber durch Herabminderung der Wehrmacht fast unmöglich gemacht. Daher muß gegen diese neue Forderung der Entente auf das schärfste protestiert werden und es muß und es wird zu berücksichtigen sein, wiegenfalls die Erhaltung der Sicherheitspolizei durchzuführen.

Die drei Entwaffnungnoten.

Sachgemäß wird gemeldet. Von den drei der deutschen Friedensdelegation in der Frage der Entwaffnung von den Alliierten zugegangenen Noten zählt die erste die verschiedenen Verträge gegen die militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages auf, die Deutschland von den Alliierten zur Last gelegt werden. Es wird dann im einzelnen darauf hingewiesen, die Alliierten seien darin einig, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages über die Entwaffnung Deutschlands sowohl, was die Herabminderung der Wehrmacht angeht, als auch die Herabminderung der Wehrmacht durchzuführen werden müßten. Daher müsse es bei der Herabsetzung der deutschen Wehrmacht auf 100 000 Mann verbleiben. Die Sicherheitspolizei sei innerhalb dreier Monate aufzulösen. Dafür könnte die schon vor dem Krieg bestehende Ordnungspolizei auf 150 000 Mann herabgemindert werden.

Berner fordern die Alliierten, daß die deutsche Gesetzgebung ausdrücklich in Einklang mit den militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages gebracht werde, womit, wie aus der zweiten Note hervorgeht, insbesondere die Abschaffung der Allgemeinen Wehrpflicht durch Gesetz gemeint ist. Berner werden in der Note gefällige Vorschläge gegen die Entwaffnung von Deutschland gemacht. Endlich wird auf wirksame Maßnahmen zur Aufhebung der Entwaffnung hingewiesen. Die zweite Note gibt insbesondere Einzelheiten über den Ertrag der Sicherheitspolizei durch die 150 000 Mann Ordnungspolizei. Die dritte Note fordert mit Rücksicht auf die unvollkommene Ausführung der Auslieferung des militärischen Aufbaumaterials, daß die

unverzüglich von Aufbaumaterial in Deutschland, die an sich am 10. Juli wieder hätte beginnen können, erst drei Monate nach vollständiger Durchsicherung der Auslieferungspflicht wieder aufgenommen werden darf.

Rundscha.

Die Volksabstimmung in Westpreußen. Lieber die bevorstehende Abstimmung im Bezirk Marienwerder — über das Verbleiben desselben beim deutschen Reich — kommen erfreulicherweise beruhigende Nachrichten, so daß wir mit Sicherheit auf ein für die Deutschen günstiges Ergebnis rechnen können. Selbst die Angehörigen politischer Junges in diesem Gebiet haben von der Bereitschaft in der neuen Republik Polen genug gehört, als daß sie Sicherheit haben sollten, in dieselbe aufgenommen zu werden. Mag bei uns mancherlei nicht erfreulich sein, es ist doch kein Vergleich mit den Zuständen in Polen, die keine Garantie für eine dauernde Erfüllung des Staatsvertrages geben, dessen Mittel auch für die Erfüllung des militärischen Aufbaues und Kriegsziele gegen Rußland nicht annehmbar ausreichen. Und dann politischer Soldat spielen! —

Reichsfinanz- und Landesfinanzangelegenheiten. Aus der Verschärfung der Besoldungsgehalte der Länder und des Reiches ergeben sich jetzt bereits unmittelbare Schwierigkeiten bei der Einführung der Landesbeamten der Betriebe, die auf das Reich übergegangen sind. Besonders in Süddeutschland hatte die Einführung der finanziell bessergestellten Landesbeamten in die für sie bedeutend ungünstigeren Reichsbesoldung großen Unwillen erregt. Dieser Unwillen hat zu einer Beratung des Reichsfinanzministers mit dem Reichs- und Landesfinanzminister Anlaß gegeben. Sie waren übereinstimmend der Ansicht, daß nicht nur im Herbst die Forderungen aus den Ländergesetzen im Herbst des Reiches gegen den müssen, sondern daß auch während der Zeit gefunden werden müsse, wie schon jetzt die Entziehung der in den Reichsdienst zu übernehmenden Landesbeamten in die Besoldungsordnung des Reiches ohne Nachteil gegenüber den Landesbeamten erfolgen kann. Diese Frage ist einer Kommission überwiesen, die ihre Arbeiten bereits begonnen und diese befristung durchzuführen hat. Die Angelegenheit wird alsbald sofort dem neuen Kabinett und dem Reichstag zur Entscheidung kommen.

Das Schicksal der deutschen Kolonien. Von London wird gemeldet, daß die englischen Blätter, offenbar auf Anregung der amtlichen Stellen, über das Schicksal der deutschen Kolonien folgende Ausführungen machen: Nach Artikel 44 des Friedensvertrages sind die deutschen Kolonien den Alliierten und assoziierten Mächten zu übergeben, und diese haben darüber zu entscheiden, wer das Mandat führen soll. Die Bestimmungen dieses Mandats werden dem Ratsrat mitgeteilt werden, und dort wird von Zeit zu Zeit darüber verhandelt, wie die Kolonien zu verwalten sind. Über die assoziierten und assoziierten Regierungen, die diese Länder unter den größten Opfern befreit haben, haben alle in darüber zu bestimmen, wer das Mandat erhalten soll.

Die Erprobung Sankten für den Abbau der Zwangs-wirtschaft. Der Oberpräsident Kurhessen von der Provinz Sachsen hat zahlreiche Landräte, Vertreter der Produzenten- und Konsumentenorganisationen sowie Vertreter von verschiedenen Reichsstellen in einer Versammlung eingeladen, um über die Erzeugerhöchstpreise für landwirtschaftliche Produkte zu beschließen. Es wurde beschlossen, der Reichs-Kartoffelstelle vorzuschlagen, den Erzeugerhöchstpreis für Frühkartoffeln auf 35 M. festzusetzen und die Zwangsverpflichtung der Herbstkartoffeln aufzuheben. Den Milchpreisen soll von 1 M. auf 1,50 M. für das Alter heraufgesetzt werden. Zum Schluß wurde beschlossen, das Reich zur Aufhebung der Fleischverpflichtung aufzufordern.

Das Zentrum und Erzberger. Der Reichs- und Landeszentrumspartei hat sich am Mittwoch nachmittags in längerer Ansprache mit dem Stand der Angelegenheit Erzberger beschäftigt. Er hatte demnach am 18. April beschlossen, Herrn Erzberger

Volksleben und Wirtschaft.

— Zwingende Warnung vor vorzeitiger Hauswandlung. Umlich wird erklärt: In Hamburg treffen in den letzten Tagen größere und kleinere Trupps mittellose Auswanderer ein, die als Freilassige nach Westfalen wollen. Da eine solche Schiffabfertigung nicht mehr möglich ist, haben die Behörden in Westfalen die Leute dort ohne Obdach und Beschäftigungsmöglichkeit, fallen den Behörden zur Last und haben ihre Hilfeleistung in die Heimat zu gewärtigen. Es kann nicht dringend genug davon gewarnt werden, nach den Hafenstädten zu reisen, bevor die Abfahrt mit den bereitgestellten Stellen genau vereinbart ist. In Bismarck empfiehlt sich eine vorherige schriftliche Anfrage bei den behördlichen Auskunftsstellen.

— Die Wohnungsfrage. Das halbe Jahr 1920 ist vergangen, und was ist in dieser Zeit zur praktischen Beilegung der dortigen Wohnungsfrage geschehen? So gut wie nichts! Es ist nicht einmal die überall läufig empfundene Zimmervandlung vom Ofen her energisch befohlen worden, die vielen deutschen Haushalten die Unterkunft fortgenommen hat. Und nun hier Wandel zu schaffen, nur doch wirklich keine große Staatsmacht erforderlich. Gebaut wird sehr wenig oder gar nicht. Die Baukosten und Materialien sind so teuer, daß kaum noch Bauaufträge erteilt werden, selbst wenn den Bauern öffentliche Bauunterstützung eingehandelt, weil auch an die behördliche Verantwortung nicht mehr zu denken ist. Die einzige theoretische Maßnahme, die übrig geblieben ist, ist der Plan der neuen Wohnungssteuer, aus deren Erträgen Baukosten aufgebracht werden sollen. Daß diese Steuer nichts nützen wird, ist vorzuzusetzen. Die 500 Millionen, die sie ergeben soll, bedeuteten vor 1914 ein großes Stück Geld, heute sind sie für ganz Deutschland ein Tropfen in den heißen Stein. Die Baukosten werden weiter steigen, und die heutige Lage, daß das Bauern unrentabel ist, wird sich abwärts bewegen. Wenn es anders wäre, so brauchte das Reich keine Markt auszusuchen, auch bei dem bestehenden Materialmangel könnten die schlimmsten Mängel beseitigt werden. Aber bei diesen Umständen ist es nicht möglich.

— Die Kartoffelnot. Auf den Markttagen gegen die hohen Preise von Gemüse und Obst werden aus einer ganzen Reihe von deutschen Städten berichtet. Solche Nachrichten sind in sich selbst erhellend, aber besser ist es schon, diese Genauheiten unterlassen, und die Preisprüfungsstellen greifen energisch ein, wenn glückliche Ermahnungen erfolglos bleiben. Daß die hohen Preise ja vielfach doch noch höher sind, als die berechneten Unkosten, ist schließlich nicht in Abrede zu stellen.

— Die Kartoffelbesteuerung. Von unterrichteter Seite wird geschrieben: Die Kartoffelbesteuerung ist jetzt so reichlich, daß man geradezu von einer Überbestimmung des Marktes reden kann. Die Besteuerung der Kartoffelgewinnung gegenüber der Übernahme der Kartoffel ist schon abnehmend. Es muß daher darauf hingewiesen werden, daß diese überreichliche Besteuerung voraussichtlich nur noch von sehr kurzer Dauer sein kann. Bis zum Beginn der vollen Frühkartoffelbestimmung ist es jedenfalls nicht möglich sein, die gegenwärtige Versorgung aus der Kartoffelgewinnung in vollem Umfang aufrecht zu erhalten.

— Ein Schicksalsjahr. Als im Sommer abgelaufenen Jahres entpuppte sich das Institut für Volkswirtschaftslehre der Frau Höge in Frankfurt a. M. Wie der „Vorwärts“ berichtet fanden hier zahlreiche junge Mädchen im Alter von 14—16 Jahren, von reichen Mäntelungen und Bediensteten systematisch verführt, ihren moralischen Untergang. In den Sälen des Instituts, das Tagesanfang von über 1000 M. erzielte, gehörten ihnen die jungen Mädchen aus Frankensachsen und junge Frauen. Die Verführung machte bei mit harter Hand dem „Schicksals“-Institut ein Ende. Die Schmutzaffäre zieht, da der Polizei die Offiziere der Besucher in die Hände gefallen ist, weiteste Kreise nach sich.

— Große Waldbrände in Skandinavien. Die schwedischen wie die norwegischen Wälder werden zurzeit von großen Wänden heimgesucht, die durch Funken der Lokomotiven, die zum größten Teil mit Holz geheizt werden müssen, entstehen. In Schweden wüten die Brände besonders in Moorland, aber auch in Mittel-

schonen sind viele Gebiete zerstört. In Norwegen wütet ein großer Brand bei Brand. Dieser hat 20 Millionen Quadratmeter Waldbrand, der Feuer zum Opfer gefallen. 1200 Menschen verbrähen, bisher vergebens, das Feuer zu löschen.

— London. Wie „Telegraaf“ aus London meldet, belief sich der Wert der deutschen Wälder nach England im Februar, März und April auf 5 400 000 Gulden. Englands Wälder nach Deutschland betrug in der gleichen Zeit 3 400 000 Gulden.

Bermittliches.

Berlin — die größte Stadt der Welt. — In dem ursprünglichen Gebietsschutz für die Einzelgemeinde Groß-Berlin war die Fläche der neuen Stadtgemeinde mit 756 Quadratkilometer angegeben. Nachdem die preussische Landesversammlung sowohl im Osten wie im Westen die umfangreichen Überwinder des Nordverbandes in das neue Berlin einbezogen hat, ist jetzt der Flächeninhalt der Einzelgemeinde auf nicht weniger als 877,86 Quadratkilometer vergrößert worden. Damit steht das neue Berlin an der Spitze aller Hauptstädte der Erde. Zum Vergleich sei angeführt, daß New York 840 Quadratkilometer umfaßt. Erst in weitem Abstand dahinter liegen Paris mit 480, London mit 303 und Wien mit 275 Quadratkilometer.

Ein Wechselpaar zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht in Danzig verurteilte die Wechselpfarrer Bernhard und Hedwig Babrowski aus Danzig wegen Nordes und Schwere Mordes je zweimal zum Tode. Das Wechselpaar hatte in Danzig einen Wandbanten in seine Braut in die Wohnung gelockt, dort erschossen und danach, dann verpackt und schließlich auf einem Wagon transportiert und im Tilsa-Gebäude an einem Bahndamm verbrannt.

zu bitten, er möge bei der diesmaligen Wahl zum Reichstage sein Amt annehmen. Diefem Wünsche hat Erzberger, wie man weiß, entsprochen, indem er die württembergische Zentrumspartei mit der Reichspartei als Spitzenkandidat aufzustellen beschloß. Infolgedessen hatte sich nun der Reichsausschuß mit der neuen Lage zu befassen. Bei der in seiner Gegenwart geführten Erörterung ergab sich, daß Herr Erzberger gegen das Urteil des württembergischen Reichstages einlegte, der Reichstag also keineswegs unzulässig entschieden ist. Damit steht die Angelegenheit des Reichsausschusses auf dem gleichen Punkt wie im Januar, als sich der Reichsausschuß damit befaßte. Unter diesen Umständen verzögert der Reichsausschuß vorläufig auf eine Fortsetzung der Aussprache, nahm aber noch Kenntnis von der Erklärung des Abg. Erzberger, daß er zwecks Abwehlung eines Wahlsiebens an der Sommertagung des Reichstages nicht teilnehmen werde.

Technische Nothilfe im Landarbeiterverein. Im dem sommerlichen Landarbeiterfest hat der Landrat des Kreises Abstin noch langwierigen Verhandlungen mit den Streikenden nimmere die Technische Nothilfe zum Einlaß angeschlossen. Es ist darauhin im Laufe des Sommeres die Nothilfe in fünf Gauen des Kreises zur Verfertigung der Nothwendigkeiten angelegt worden. Da auch im Kreise Platten ein neuer Landarbeiterfest ausgebrochen ist, steht auch hier die Nothilfe bereit. Im übrigen macht die von der Technischen Nothilfe eingeleitete Werbung unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung zwecks Durchführung der landwirtschaftlichen Nothilfe gute Fortschritte. So haben sich beispielsweise in den Tagen in Bergen auf Wägen allein an tausend Angehörige der Landwirtschaft zur landwirtschaftlichen Nothilfe verpflichtet. In anderen Städten haben sich Hochschulen gefestigt mit ihren Lehrkräften der landwirtschaftlichen Nothilfe zur Verfügung gestellt.

Wichtige Zusammenkünfte in Wöhrten. Im Jagd kam es in der Nacht auf Freitag zwischen deutschen Wöhrten, die von einer Sonnenfeier zurückkehrten und russischen Soldaten zu blutigen Zusammenstößen, wobei mehrere russische Soldaten erschossen und verwundet und zahlreiche deutsche Wöhrten verletzt wurden. Die Ursache ist darin zu finden, daß bei den Gemeinbewohnern in Jagd die Deutschen eine Zweidrittel-Majorität erlangt hatten, wegen der Befehle des Reiches eingetrifft hatten. Die Neuwahlen stehen bevor, die Regierung hat inzwischen 2400 russische Soldaten nach Jagd geschickt, die sich an den Deutschen befehligen sollen. — Zusätzlicher Grund waren die Angelegenheit im Prager Senat zur Sprache und ereignete schließlich, daß eine parlamentarische Untersuchungskommission nach Jagd geschickt wurde.

Giollitis Programm. Im italienischen Parlament hielt der neue Ministerpräsident Giolliti am Donnerstag seine Programmrede, in der er erklärte: Die Außenpolitik muß sich Europa endlich den Kräfte der Nationen. Eine dieser ist der Aufbau und die Wahrung des öffentlichen Friedens, zu erreichen, müssen wir unbedingt Frieden und politische Beziehungen mit allen Völkern anknüpfen und ohne Einschränkung auch feste Beziehungen zu russischen Regierung aufnehmen. Sodann lege Giolliti sein gegenwärtiges Programm dar: Konstitution aller Kriegsgewalt seit dem 1. August 1914, Verfestigung der Gesellschaft und Schenkung der Freiheit der Ausreise, Bekämpfung und Vermeidung der Aufrührer und Verbreitungen. Derzeitiger Befehl folgte dieser Erklärung.

Der Bürgerkrieg in Lombardien. In Lombardien wird der blutige Krieg zwischen Einheimischen und Unionisten fortgesetzt. Er zeigt sich immer mehr als die Folge des mehr als 300 Jahre währenden Meilionschiffes zwischen den katholischen Einheimischen und den protestantischen englisch-amerikanischen Unionisten. Beide Parteien haben sich hinter sich die katholischen Bischöfe verbündet und es wird auf Unvorsichtige die sich auf die letzten Straßen wegen ohne jede Rücksicht geschossen. Die Anzahl der Toten für Mittwoch und Donnerstag wird auf über Hundert geschätzt. Die

Krankenhäuser sind mit Verwundeten überfüllt. Und in anderen Teilen Italiens wüthet die Erregung über die Ereignisse in Lombardien und beide Parteien, sowohl die Einheimischen als auch die Unionisten, drohen damit, ihren Kameraden in Lombardien Hilfe zu bringen.

Allelei aus aller Welt

Am den Prager! Die Kriegervereinigungen der Kriegervereine von Saarlouis und Löbich, die dem Saarlouiser Landratsamt zur Aufhebung übergeben sind, sind von dem derzeitigen kommissarischen Kriegsverwalter von Löbich, H. u. f. als Kreisbeauftragten Kriegsverwalter von Löbich, H. u. f. als Kreisbeauftragten des Kreises Saarlouis, dem französischen Kommandanten de Job besetzt worden! Ein amtliches Dokument besagt darüber: Das Landratsamt befehligt hiermit dem Herrn Kommandanten de Job, daß er die Fahnen der Kriegervereine von Saarlouis und Löbich als Andenken besitzt. Der Landrat, J. M. Ruff, Kreisbeauftragter. — Außer der Ueberschrift haben wir dazu nichts zu sagen.

Ein Verurtheilung am Grabe. Eine unangenehme Angelegenheit hat sich am Grabe des Reichsbergräbers ereignet. Sie fanden an einem offenen Grabe einen jungen Mann, der den Sarg erbrochen hatte und die Gebeine des Verstorbenen am Grabrand forzierte. Er erklärte den Frauen, daß er keine — Fleischtaschen habe und sich daher sein Fleisch selbst beschaffen müsse. Der Friedhofsvorsteher beantragte die Verhaftung des Fremden, der aus Frankfurt gebürtig ist, und der das Grab seines eigenen vor zehn Jahren verstorbenen Großvaters geöffnet hatte.

Genealogischer Aderhöf. Aus Hainstadt wird gemeldet: Während eines Abendkonzertes im hiesigen Stadtpark haben die Besucher unter den prominenten Personen Hühner in eine hellen Flammen aufstrebende Frauengestalt. Einige Herren führten sich auf die Schreie, warfen sie zu Boden und erstickten die Flammen mit Hilfe von Hühnern. Die mit Wasserigen Brandwunden bedeckte Dame wurde ins Krankenhaus gebracht. Eine sofort angelegte Untersuchung ergab, daß von den neuartigen dem Handel gebrachten schönsten Streichhölzern ein störrisches abgebrannt und auf das Kleid gefallen war. Dieses bestand aus harter Kunststoffe, die jedoch mit einem hart anhaltenden Fett gemengt gewesen sein muß, da das Kleid in einer Sekunde unter Hühnen in einer drei Meter hohen Flamme verbrannte und auch keine Hühner entzündet. Die Staatsanwaltschaft ist jetzt damit beschäftigt, Verkauf und Zusammenfügung des Streichhölzes zu ermitteln.

Zotobetrieb an den Flughafen. In den nächsten Tagen ist die Frist abgelaufen, welche im Waffenstillstandsvertrag für die deutsche Luftfahrzeugindustrie vorgegeben war. Nachdem unter der Aufsicht der internationalen Kommission die Abführung der noch vorhandenen Kriegsluftzeuge und Wollene fast zeitlos vollendet ist, wird dem Wiedererwerb des Luftverkehrs nichts mehr im Wege stehen. Es verbleibt, fast auf dem Flughafen Johannshof, der Jahre lang für jeden Verkehr gesperrt war, in nächster Zeit wieder öffentlichen Verkehr und Schiffsverkehr werden. Gegenwärtig finden mit der Luftverkehrs-Kommission der Entente Verhandlungen statt, die unmittelbar vor dem Abschluß stehen. Es verbleibt, fast von den zukünftigen Beschlüssen nach dem Vertrag für die Einflistung des Totalabfertigungsbetriebes auf dem Flughafen nachzugehen werden. — In Amerika hat man bekanntlich schon vor dem Kriege die öffentlichen Flugzeuge einrichtet, die sich vorzüglich bewährt haben soll.

Ein Nischenwinger. Der Verein für Förderung deutscher Sozialisten läßt in dem Ort Odenburg bei Odenburg eine große jetzige Anlage herrichten, nämlich einen großen Zwoiger zur Umkleitung und Unterbringung von mehr als 100 Sozialisten. Der Zwoiger ist unter den letzten Verhältnissen annehmend, in zwei Millionen Mark und näher sich bereits seiner Vollendung. Auf der Zwoiger hier erbaut wird, hat darin keinen Grund, daß

der letzte Odenburger Schahner des Vereins war, und auch der Odenburger, Geheimer Kommerzienrat Erling in Odenburg wohnt.

Ein Underbahn auf der Elbe gesunken. Auf der Elbe bei Torgau ließ der Staat eines vierstöckigen Schiffs auf das Ufer eines Hochwassers. Von den 12000 Tonnern Zucker, die aus der Hochwasserwäke für Frankreich bestimmt waren, konnten nur 2000 Tonnern gerettet werden. Der Gesamtverlust beläuft sich auf 2 Millionen Mark.

Eine Munitionsexplosion ereignete sich auf dem Artilleriemunitionsdepot Udenborn bei Mainz. Das Udenborn auf andere Teile des Lagers wurde von französischen Soldaten verbleibt. Hierbei fand der Udenborn die 100, französischen Munitionsexplosionen der Elbe. Die Gefahr weiterer Munitionsexplosionen der Elbe ist beseitigt. Der Hauptverbleib, der auf einige Stunden über andere Strecken umgeleitet werden mußte, wurde wieder aufgenommen.

Auf offener Straße niederschossen wurde in Neiberg, der deutschböhmischen Industriestadt, ein Polizist, als er einen unbekanntem Mann, der gestohlene Wäsche verkaufte, festnehmen wollte. Der Verbrecher schickte zwei Schüsse gegen den Beamten ab, von denen einer in die Brust traf. Es besaß wenig Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten. Der Verbrecher entkam, indem er seine Befolge mit dem Revolver in Schuß hielt.

Der erste Friedens-Expreß Paris-Wien hat Montag die südbayerischen Staaten durchfahren. Er wird auf Grund des Friedensvertrages und auf Verlangen der Entente gefahren. Er hat mit 22 Maschinen, mit Franzosen und Belgien, darunter einigen Damen, Paris verlassen und von Straßburg bis München nur durch einen einzigen Wirtshaus gefahren. Die ersten Einlagen des Expreßes kostete 1700 Mk., die Bestellen allein 132 Franken. Der in Straßburg abgehende Expreß Nürnberg — Prag — Warschau war sehr hart besetzt.

Leipzig. Im Ohmgenort der Großen Leipzig Straßbahn entlang ein Gelehrter, das 60 bis 70 Jahre alte, mit Seile der Anlagen fest verankert. Der Gelehrter wird auf zwei Millionen Mark geschätzt. Als Ursache wird kurzschluß angenommen.

Für eine alte. Was dem Genus von Pfeilerlebensmittel, das das schädliche Lebensmittel verteilte mit aus Weizenbrot kommt, sind Einwohnern für den Verkauf von Pfeilerlebensmitteln erlaubt, die sich in Weizen und Pfeilerlebensmitteln befinden.

Geschichten

Die Autaten einer Räuberbande. Eine gut organisierte Räuberbande, die unter der Führung zweier ebemaligen Mitglieder der Marjosef-Eisenbahn und im Kraftwagen im Jahre vorher benannt wurde, hatte es geschafft auf die Bergstraße nach abzugehen. Bei dem Wirtshaus hütet in Württemberg bei Gimmna, auf den sie sich gefahren haben, erbeutete die Räuber 12 Tonne Weizen, bei dem Wirtshaus hütet in Württemberg bei Troschen einen Zentner Weizen, Lebensmittel und 700 Mark Bargeld, in der Weizenerlei in Troschen bei Raumburg den Weizen und bei dem Landwirt Weizen. Bei der Weizenerlei 1900 Mark in Gold, 600 Mark in Reichsmark und die Schmeine, die sie an Ort und Stelle erbeuteten. Einräuber, die in noch mehreren anderen Wäldern sind den Räubern, die mit Pfeilerlebensmitteln arbeiteten, mitschlagen, dagegen fielen ihnen bei einem Einbrüche in ein Nischenwinger im Jahre 1900 Mark in Reichsmark und in der Steinstraße Württemberg. Das Nischenwinger verteilte die Mitglieder der Bande zu fünfjährigen Personen, die bis zu 15 Jahren; das Verbrechen gegen mehrere Personen, die der Gelehrte besichtigt waren, wurde abgetrennt und dem ordentlichen Gerichte übergeben. Sehr verurteilte das Landgericht Leipzig eine Anzahl der Nischenwinger angelegten Personen zu erheblichen Geldstrafen und Gefängnissen.

Die Totenlocke von Stanley Castle.

Roman von Oswald August König

3) Was würde die beiden Herren sorglos machen, und diese Sorglosigkeit könnte nur unfernen Bund zwischen Folgen. — In meinem Kiste, Malach, und Worten Sie geduldig ab, was Monsieur Flaubert erreichen wird.

— Und werde ich Sie wiedersehen?

— Ich darf nicht zu oft hierher kommen, Sir Robert soll glauben, daß Sie den Kampf mit ihm als unermüdet angesehen haben. Seiten Sie verheißt, daß er unermüdet beiseite sein wird. Sie in Ihre Rechte einzulegen, sobald ich eine richtige Entdeckung gemacht habe, teile ich Sie können mit.

Damit nahm Holstone Abschied, und als er das Schloß verließ, begegnete ihm Bedford, der ihn mit finsterner, trostloser Miene anredete, indem er die Frage an ihn richtete, wann der Prozeß beginnen werde?

Dr. Edward Holstone muß den Verwalter mit einem geringfügigen Verlust vom Scherel die zur Seite.

— Ich weiß nicht, welchen Prozeß Sie meinen und was Sie beabsichtigt, diese Frage an mich zu richten, erwiderte er kalt.

— Ich bin der Verwalter von Stanley Castle, und es kann mir nicht gleichgültig sein, ob Lady Obedel einen Prozeß gegen Malach antrengen wird, der voranschreitend am Ende stehen würde, sagt Malach, und treibt.

— Verwalter müssen Sie sich beruhigen, Lady Obedel denkt einfließen auf diesen Prozeß nicht mehr, ich habe ihr davon abgeraten.

— Das hat der vernünftige Malach, den Sie ihr geben konnten, entlegene Bedford in etwas höflichem Tone, Gebeninnen könnte Sie den Prozeß nicht, aber Sie würde durch ihn die Ruhe hier im Hause tören.

Der Woboch erwiderte nichts darauf, er nicht schweigend und schweigend in der Stadt, und Bedford schaute ihm lange mit hinterhöflichem Blick nach.

— Angewandten der Malach, was in dem Woboch geritten, ihre Gedanken beschäftigen sich mit dem Verdad, den der Doktor ausgeprochen hatte.

— Und Sie müßte dieselbe Verdad als berechtigt anerkennen, vorausgesetzt, daß der Verwalter Bedford und der damalige Förster Johnson eine und dieselbe Person waren. Und was Bedford nun als noch ein näherer Verwandter Sir Roberts, so konnte dies der Verdad nur bekräftigen.

— Was würde die beiden Herren sorglos machen, und diese Sorglosigkeit könnte nur unfernen Bund zwischen Folgen. — In meinem Kiste, Malach, und Worten Sie geduldig ab, was Monsieur Flaubert erreichen wird.

— Und werde ich Sie wiedersehen?

— Ich darf nicht zu oft hierher kommen, Sir Robert soll glauben, daß Sie den Kampf mit ihm als unermüdet angesehen haben. Seiten Sie verheißt, daß er unermüdet beiseite sein wird. Sie in Ihre Rechte einzulegen, sobald ich eine richtige Entdeckung gemacht habe, teile ich Sie können mit.

Damit nahm Holstone Abschied, und als er das Schloß verließ, begegnete ihm Bedford, der ihn mit finsterner, trostloser Miene anredete, indem er die Frage an ihn richtete, wann der Prozeß beginnen werde?

Dr. Edward Holstone muß den Verwalter mit einem geringfügigen Verlust vom Scherel die zur Seite.

— Ich weiß nicht, welchen Prozeß Sie meinen und was Sie beabsichtigt, diese Frage an mich zu richten, erwiderte er kalt.

— Ich bin der Verwalter von Stanley Castle, und es kann mir nicht gleichgültig sein, ob Lady Obedel einen Prozeß gegen Malach antrengen wird, der voranschreitend am Ende stehen würde, sagt Malach, und treibt.

— Verwalter müssen Sie sich beruhigen, Lady Obedel denkt einfließen auf diesen Prozeß nicht mehr, ich habe ihr davon abgeraten.

— Das hat der vernünftige Malach, den Sie ihr geben konnten, entlegene Bedford in etwas höflichem Tone, Gebeninnen könnte Sie den Prozeß nicht, aber Sie würde durch ihn die Ruhe hier im Hause tören.

Der Woboch erwiderte nichts darauf, er nicht schweigend und schweigend in der Stadt, und Bedford schaute ihm lange mit hinterhöflichem Blick nach.

— Angewandten der Malach, was in dem Woboch geritten, ihre Gedanken beschäftigen sich mit dem Verdad, den der Doktor ausgeprochen hatte.

— Und Sie müßte dieselbe Verdad als berechtigt anerkennen, vorausgesetzt, daß der Verwalter Bedford und der damalige Förster Johnson eine und dieselbe Person waren. Und was Bedford nun als noch ein näherer Verwandter Sir Roberts, so konnte dies der Verdad nur bekräftigen.

— Ich kenne ihn und kann nur sagen, daß ich ihn unerschrocken finde.

— Mama und ich urteilen eben,“ sagte Mary, während sie gedankvoll in die Ferne schaute. „Aber eine andere Frage ist es, ob diese Hoffnungen sich erfüllen werden. Ein zu langer Zeitraum liegt zwischen jenem Glückslage und heute, wo sollen nun die Beweise geführt werden?“

— Verzeihen Sie nicht, daß die blinde Frau in jenem hundertjährigen Geheimnis eingetaucht zu sein scheint!

— Martha Bernad wird ihr Zeugnis verweigern, wenn sie mit demselben einen Dienst leisten kann.

— Die Schamheit Flauberts kam ihr dieses Geheimnis entlocken, und dann gibt es wohl noch Mittel, sie zu einem Geständnis zu zwingen!

— Wir müssen nun freilich abwarten, was dieser Monsieur Flaubert erwidern wird,“ sagte Mary. „In seiner Richtigkeit und Gewandtheit rufen jetzt alle unsere Hoffnungen.“

— Und auf den Doktor Holstone dürfen Sie ebenfalls vertrauen,“ erwiderte er mit überzeugender Bestimmtheit. „Aber Angelegenheit ruht in den besten Händen.“

— Und das verdammt Ihre Eltern,“ entgegnete sie, und ein warmer Strahl trat ihr dabei aus ihren tiefblauen Augen, ein Blick, der ihm das Blut rötlich durch die Adern trieb.

— Nicht doch,“ sagte er. „Aber andere hätte Ihnen denselben tüchtigen Advokaten empfehlen können.“

— Aber auf diesen Verdad würde wohl nicht jeder andere gekommen sein, und Dr. Holstone hätte ihn vielleicht nicht gefunden, wäre er nicht durch Sie darauf aufmerksam gemacht worden.“

— Die Verdad ist heute, ich weiß, Ihren Gedanken nachgehend, rufen die beiden eine Strecke weiter.

— Sie werden nun in Stanley Castle bleiben?“ fragte Edgar ernstlich.

— So lange wir es können, ohne uns etwas zu verbieten,“ erwiderte sie, vor einem brennenden Blick die Augen leuchtend. „Wir müssen ja nur unsere Rechte durch den Woboch wahren, freilich ist dieser Woboch nur scheinbar, in Wirklichkeit ist Sir Robert Gelehrter in Stanley Castle. Wenn ich nur aus dem Schloß verdrängen könnte, wie werden mich durch einige uneheliche Worte erreichen, wie werden mich dann genötigt sehen, meinen Wohnsitz in London zu nehmen.“

Fortsetzung folgt.

